



© Foto Florian Obner MdB

Grüß Gott liebe Parteifreunde,

am Dienstag hat Frankreichs Präsident Emmanuel Macron in seiner Rede vor dem Europaparlament gefordert, vor der Europawahl im kommenden Jahr, einen Fahrplan zur schrittweisen Reform der Wirtschafts- und Währungsunion aufzustellen. Die CSU im Bundestag steht Macrons Reformplänen kritisch gegenüber.

Diese Woche standen im Bundestag vor allem sicherheitspolitische Themen im Vordergrund. Zum einen wurde der Abrüstungsbericht der Bundesregierung vorgestellt, zum anderen hat der Wehrbeauftragte des Bundestages am Donnerstag im Parlament seinen Jahresbericht vorgelegt. Thomas Erndl und Florian Hahn bezogen im Plenum hierzu Stellung.

Die Bundesregierung warb diese Woche im Bundestag zudem für eine Verlängerung der Bundeswehr-Einsätze in Mali und Somalia. Für die CSU sprach hierzu Reinhard Brandl, der Mitglied des Verteidigungsausschusses ist.



In einem Interview mit der Welt am Sonntag äußert sich Alexander Dobrindt zur Zukunft von Hartz-IV und fordert Leistungskürzung für abgelehnte Asylbewerber. Statt Geld sollten abgelehnte Asylbewerber eher Sachleistungen erhalten.

Zudem bekam ich unter anderen Besuch in Berlin vom heimischen Gewerbeverband, angeführt von Kreishandwerksmeister Alfred Kutenlochner. Wir hatten eine rege Diskussion über die Flüchtlings- und Arbeitsmarktpolitik in Deutschland.

Viel Freude beim Lesen wünscht

Ihr Florian Ossner MdB

Europäische Union

Macrons persönliche Glücksgefühle



© picture alliance / AP Images



Alexander Dobrindt steht Macrons Reformplänen für die Europäische Union, etwa einem gemeinsamen Haushalt und einem europäischen Finanzminister, kritisch gegenüber.

Macrons Vorschläge stoßen auf Kritik

Die CSU im Bundestag hat Macrons Rede in Straßburg kritisch verfolgt und kommentiert. Am Dienstagvormittag stellte Alexander Dobrindt vor Journalisten klar: „Wir lehnen einen EU-Finanzminister ab.“ Eine solche Position wäre der Einstieg in eine europäische Steuerkompetenz. Auch einer europaweiten Arbeitslosenversicherung erteilte Dobrindt eine klare Absage. Die CSU zeigt sich aber gemeinhin offen gegenüber Investitionen in europäische Zukunftsprojekte. Bei diesen muss es sich aber um kofinanzierte Projekte handeln, damit es keinen „Rutschbahneffekt“ von Nord- nach Südeuropa gibt, so der Vorsitzende der CSU im Bundestag.

Deutsche Interessen wahren

Emmanuel Macrons Vorschläge seien zudem Ausdruck starker nationaler Interessen Frankreichs. Nicht alle Vorschläge des französischen Staatschefs deckten sich daher mit deutschen Interessen. „Ich sehe überhaupt keine Veranlassung, Macrons persönliche Glücksgefühle zu meinem politischen Programm zu machen“, so Dobrindt. Mehr Europa bedeute häufig, mehr finanzielle Belastungen für Deutschland. Es sei daher auch „unsere Aufgabe, unsere nationalen Interessen zu formulieren. Das tun wir.“

Nicht mehr, sondern ein besseres Europa

Durch den Brexit fehlen im europäischen Haushalt Milliarden. Gerade weil Deutschland hier gefordert sein wird, ist eine strikte Überprüfung der bisherigen Ausgaben der Europäischen Union notwendig. Der Vorwurf, die CSU bremse in Sachen Europa, ist jedoch falsch. So unterstützt die CSU Maßnahmen, die eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigungspolitik und eine bessere Sicherung der europäischen Außengrenzen zur Folge haben. Gute Europäer zeichnen sich nicht dadurch aus, dass sie nationalstaatliche Souveränität abgeben wollen. Wir brauchen nicht zwangsläufig mehr, sondern ein besseres Europa.



Rüstungspolitik

Abrüstungsbericht und Bericht des Wehrbeauftragten



© picture alliance / NurPhoto

Diese Woche standen im Bundestag wieder sicherheitspolitische Themen im Vordergrund. Zum einen wurde der Abrüstungsbericht der Bundesregierung vorgestellt, zum anderen hat der Wehrbeauftragte des Bundestages am Donnerstag im Parlament seinen Jahresbericht vorgelegt.

Jahresabrüstungsbericht

Der Bericht zeigt Leitlinien und inhaltliche Schwerpunkte der deutschen Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik auf, welche ein wesentliches Element einer vorausschauenden deutschen Außen- und Sicherheitspolitik darstellen. Der Bericht sieht besonders Russland als Herausforderung, welches die Friedensarchitektur in Europa zunehmend in Frage stellt. Für die CSU sprach Thomas Erndl in der nachfolgenden Debatte im Plenum. Erndl stellte fest, dass es trotz einer großen Anzahl internationaler Krisen wichtig sei, in Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung Fortschritte zu machen.

Im Koalitionsvertrag habe man daher Rüstungskontrolle und Abrüstung als prioritäre Ziele verantwortlicher deutscher Außenpolitik bestätigt. Der Abrüstungsbericht zeige

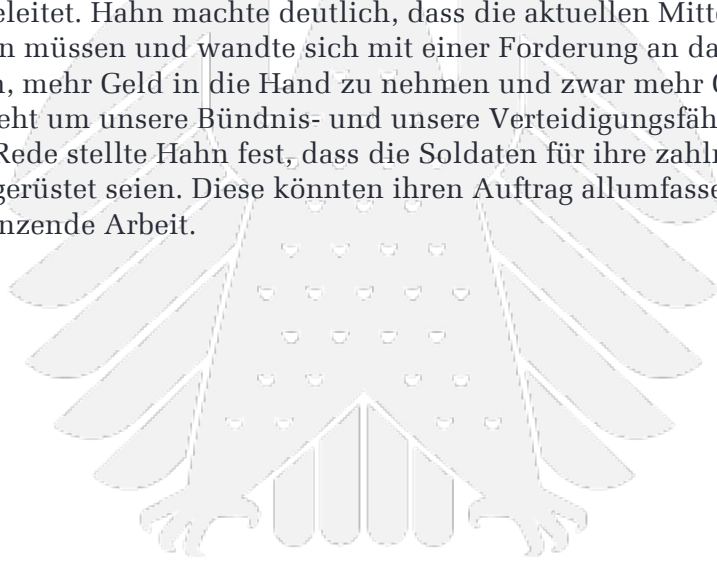


diese Beiträge sehr anschaulich. Deutschland leiste im konventionellen Bereich, in der nuklearen Nichtverbreitung, der nuklearen Abrüstung, oder auch bei der Cyberabwehr einen umfassenden Beitrag, damit unsere Welt sicherer und friedlicher wird. Zusammen mit unseren europäischen Partnern und den Vereinigten Staaten müsse die Bundesrepublik auch weiterhin Strategien für den Umgang mit neuen Herausforderungen entwickeln. Nur so könne man Deutschlands Zukunft und Sicherheit garantieren.

Jahresbericht des Wehrbeauftragten des Bundestages

Ebenfalls am Donnerstag hat der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hans-Peter Bartels (SPD), seinen Jahresbericht vorgestellt. Der Fokus des Berichts lag vor allem auf dem aktuellen Ausrüstungsstand der deutschen Streitkräfte. Die weithin bekannten Mängel bei den Streitkräften sind hierbei das Resultat eines jahrzehntelangen Sparkurses. CDU und CSU haben in den letzten Jahren jedoch eine Trendwende eingeleitet. Eine Aufstockung der Mittel ist erklärtes Ziel der Regierungsparteien, allen voran der CSU, und der Bundesregierung.

In seiner Rede stellte der CSU-Verteidigungspolitiker Hahn daher fest, dass Deutschland lange Zeit Bündnis- und Landesverteidigung vernachlässigt habe und sich teilweise zu sehr auf Auslandseinsätze konzentriert habe. Die dramatische, politische Weltlage und die gewachsene globale Verantwortung Deutschlands hätten jedoch zu einem Umdenken geführt. Deutschland habe deshalb sicherheits- und verteidigungspolitisch eine Trendwende eingeleitet. Hahn machte deutlich, dass die aktuellen Mittel jedoch weiter aufgestockt werden müssen und wandte sich mit einer Forderung an das Plenum: „Wir müssen bereit sein, mehr Geld in die Hand zu nehmen und zwar mehr Geld als bisher geplant. [...] [E]s geht um unsere Bündnis- und unsere Verteidigungsfähigkeit.“ Zum Abschluss seiner Rede stellte Hahn fest, dass die Soldaten für ihre zahlreichen, laufenden Einsätze sehr gut gerüstet seien. Diese könnten ihren Auftrag allumfassend erfüllen und leisteten dabei glänzende Arbeit.





Auslandseinsätze

Die Bundeswehr in Mali und am Horn von Afrika



© picture alliance / NurPhoto

Die Bundesregierung hat diese Woche im Bundestag für eine Verlängerung der Bundeswehr-Einsätze in Mali und Somalia um ein weiteres Jahr geworben. Für die CSU sprach hierzu Reinhard Brandl, der Mitglied des Verteidigungsausschusses ist.

Der Bundeswehreinsatz in Mali

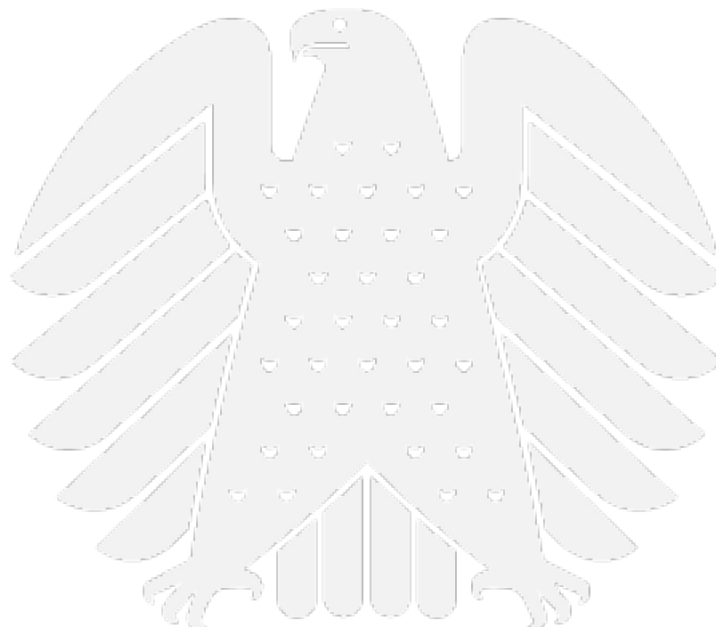
Die Fortsetzung der Ausbildungsmission in Mali bedarf ebenso der Zustimmung des Parlaments wie der Einsatz der Marine vor der Küste Somalias. Auf Bitten der malischen Regierung sowie auf der Grundlage von Resolutionen der Vereinten Nationen sind europäische Einheiten seit Frühjahr 2013 in Mali vor Ort, um die nationalen Streitkräfte zu befähigen, die territoriale Integrität des Landes zu gewährleisten und ein sicheres Umfeld zu garantieren. Einheimische Soldaten werden für den Anti-Terror-Einsatz geschult und ausgebildet. Zukünftig soll die Bundeswehr zudem auch außerhalb Malis die Eingreiftruppe der anderen vier G5-Sahel-Staaten (Mauretanien, Niger, Burkina Faso, Tschad) beraten. Die Mandatsobergrenze soll hierbei von 300 auf nun 350 Soldaten steigen. Ab November übernimmt die Bundeswehr zudem die Führung der europäischen Ausbildungsmission. In seiner Bundestagsrede lobte Reinhard Brandl die Fortschritte der



malischen Streitkräfte beim Anti-Terror-Kampf und hob zudem die Rolle des Landes für die Region hervor. Gerade die Ausweitung auf die G5-Sahel-Staaten sei entscheidend, um den islamischen Terrorismus nachhaltig bekämpfen zu können. Mali brauche auf dem Weg der Stabilisierung deswegen weitere Unterstützung.

Einsatz vor der Küste Somalias

Auch die Lage vor der somalischen Küste ist weiterhin kritisch und erfordert auch zukünftig den Einsatz europäischer Seestreitkräfte. Durch den Golf von Aden verläuft die Haupthandelsroute zwischen Europa, der Arabischen Halbinsel und Asien. Gleichzeitig gehören die Gewässer am Horn von Afrika zu den weltweit am stärksten von Piraterie gefährdeten Seeregionen. Die Marinemission „Atalanta“ schützt deswegen mit Marineverbänden Transporte des Welternährungsprogramms und Handelsschiffe vor Piraterie. Im Zuge der Debatte um „Atalanta“ stellte Brandl klar: „Wir als Exportnation haben ein Interesse an sicheren Seewegen.“ Auch bescheinigte Brandl der Mission eine positive Bilanz. Über die Verlängerung der Einsätze in Mali und an der Küste Somalia entscheidet der Bundestag in einer der kommenden Sitzungswochen.





Interview

Dobrindt: „Wir müssen das Asylbewerberleistungsgesetz ändern“



© picture alliance / Monika Skolimowska / dpa-Zentralbild

Alexander Dobrindt will Hartz-IV-Leistungen für abgelehnte Asylbewerber einschränken und auf Sachleistungen umstellen.

Herr Dobrindt, die CSU ist auch nicht mehr das, was sie mal war. Da traut sich keiner mehr von der absoluten Mehrheit zu sprechen. Wann wird sich das wieder ändern?

Vielleicht nach dem 14. Oktober, dem Tag der Landtagswahl in Bayern. Wir arbeiten mit aller Kraft dafür, die größtmögliche Zustimmung der Menschen in Bayern zu bekommen. Bei der Landtagswahl 2013 ist uns ein großer Erfolg gelungen, nach einer schweren Wahlniederlage fünf Jahre zuvor. Das Jahr 2018 kann wieder ein großer Erfolg werden.

Trotz aller Debatten, die die CSU anstößt, bleiben die Umfragewerte für die AfD in Bayern wie im Bund unverändert hoch. Sind Ihre Versuche, so AfD-Wähler zurückzugewinnen, einfach zu durchsichtig?

Es ist doch kein Geheimnis, dass wir die Wähler der AfD zurückholen wollen. Wir können nicht akzeptieren, dass sich langfristig eine Rechtsaußen-Partei in den deutschen Parlamenten festsetzt. Dazu gehört auch eine neue Debatten-Kultur. Ich rate dazu, nicht den Fehler der Vergangenheit zu wiederholen, Debatten zu vermeiden oder Maulkörbe zu



verteilen. Das führt zu Protest – und der entlädt sich an der Wahlurne. Deutschland muss wieder mehr Debatte wagen. Das bedeutet für uns als Volkspartei auch, das gesamte politische Spektrum von der Mitte bis zur demokratischen Rechten anzusprechen. Dazu trage ich auch bei. Es kann sich nicht jeder in der wohlig-warmen Mitte aufhalten. Das ist vielleicht angenehmer, aber eine Volkspartei braucht klare Kante, direkt und konservativ.

Der CDU-Landesverband Brandenburg will im Fall eines Wahlsiegs im kommenden Jahr auch Koalitionsgespräche mit der AfD führen. Ist das konservativ?

Wir haben in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschlossen, dass es keine Zusammenarbeit mit der AfD gibt. Dabei bleibt es. Ich halte Gespräche mit der AfD für vollkommen überflüssig. Wir wollen die Wähler zurückgewinnen, aber wir haben mit den Führungsfiguren der AfD nichts gemeinsam. Diese Truppe steht in Teilen der NPD deutlich näher als uns.

Hat das mit der klaren Kante auch die CDU verstanden? Im Adenauerhaus finden Stellungnahmen immer noch vor einer Standtafel statt, auf der groß „Die Mitte“ steht.

Auch die CDU weiß, dass die Unionsparteien auf drei Säulen ruhen: Der christlich-sozialen, der liberalen und der konservativen. Allerdings hat die konservative Wurzel in der Vergangenheit nicht gleichberechtigt neben den beiden anderen gestanden. Das müssen wir ändern und wieder klare Akzente in der bürgerlich-konservativen Politik setzen. Die Beiträge von Innenminister Horst Seehofer und Gesundheitsminister Jens Spahn der letzten Tage habe ich vor diesem Hintergrund als Beiträge zu der von mir geforderten neuen Debatten-Kultur empfunden. Eine Zeit lang wurden Debatten im Korsett geführt, deshalb haben sich ganze Wählerschichten darin nicht wiedergefunden und sich an der Wahlurne revanchiert.

Ist es konservativ zu sagen: Der Islam gehört nicht zu Deutschland?

Der Islam gehört nicht zu Deutschland. Unsere Kultur, unsere Werte und unsere Rechtsordnung sind klar christlich-jüdisch geprägt. Die überwältigende Mehrheit der Menschen will, dass es so bleibt – und wir geben dieser Mehrheit eine Stimme.

Gerade jüdische Publizisten haben mit Blick auf Jahrhunderte voller Ausgrenzung, Pogrome und dem Holocaust die Bezugnahme auf ein jüdisches Erbe als Zynismus beschrieben. Verstehen Sie sie das?

Wir tragen als Deutsche eine historische Verantwortung gegenüber den Juden und dem Staat Israel. Dass wir auf die gemeinsamen christlich-jüdischen Traditionen hinweisen, ist mit ein Ausdruck dieser Verantwortung. Wir teilen gemeinsame Werte wie Nächstenliebe, Freiheit, Leistungs- und Chancengerechtigkeit. Das unterscheidet uns maßgeblich vom Islam, der geprägt ist von der Scharia, die unseren Werten in weiten Teilen nicht entspricht.



Die Regierung wollte sofort mit der Sacharbeit beginnen, stattdessen werden Grundsatzdebatten geführt.

Eine Große Koalition muss auch eine Koalition der großen Debatten sein. Die Regierung ist gut gestartet. Vor allem die Unionsminister bestimmen die politische Agenda. Ich war immer dafür, mit der großen Koalition in die Verlängerung zu gehen und bin froh, dass Jamaika nicht zustande kam.

Und nun erledigen Sie die Oppositionsarbeit gleich mit...

Offensichtlich war die Opposition im Bundestag in einer ausgiebigen Osterpause, aber auch sie wird wieder aus ihrer Frühjahrsmüdigkeit erwachen.

SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles will darüber reden, welchen Sozialstaat das Zeitalter der Digitalisierung braucht. Diskutieren Sie darüber mit ihr?

Die Digitalisierung ist das große Thema unserer Zeit und darüber müssen wir natürlich diskutieren. Allerdings werbe ich für einen anderen, positiven Zugang. Die Digitalisierung ist ein Wohlstandstreiber für unser Land, wenn es uns gelingt, den neuen Wettbewerb mit den USA und mit Asien auf Augenhöhe zu führen. Deshalb müssen wir als erstes darüber reden, wie wir die Digitalisierung schneller voranbringen können und nicht darüber, wie wir den Sozialstaat auf das digitale Zeitalter ausrichten, das angeblich ein digitales Prekariat hervorbringen soll. Daran glaube ich nicht. Deutschland braucht eine sozial-digitale Marktwirtschaft. So wie vor Jahrzehnten die Ökologie Teil unserer sozialen Marktwirtschaft wurde, müssen wir heute den digitalen Fortschritt integrieren. Unsere Erfolge fußen zuallererst auf Leistung – nur daraus entsteht auch Sozialleistung.

Die Debatte über Hartz IV hat nicht die SPD angestoßen, sondern ein Unionspolitiker – Jens Spahn.

Und Jens Spahn hatte Recht, darauf hinzuweisen, dass Hartz IV die gesellschaftliche Antwort auf eine schwierige persönliche Situation ist. Hartz IV soll die Lebensgrundlagen sichern, aber kann nicht eine Job-Alternative bieten. Unser Sozialstaatsprinzip ist klar: Wir setzen Anreize für Arbeit, nicht für Arbeitslosigkeit. Dazu gehört das Bekenntnis zum Lohnabstandsgebot und der Maßgabe: Wer arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet. Hartz IV mit seinen Prinzipien von Fördern und Fordern bleibt richtig.

Viele Hartz-IV-Empfänger leiden darunter, dass ihr mit Arbeit aufgebaute Besitz wie etwa ihre Wohnung früh angetastet wird. Die SPD will das ändern.

Jeder Euro, den wir mit Sozialleistungen verteilen, wird davor von den Beschäftigten in unserem Land erarbeitet. Es gibt keine Rechtfertigung dafür, Steuergelder im Sozialhilfereich einzusetzen, solange diejenigen, die Unterstützung beanspruchen



müssen, noch größere Vermögenswerte haben. Deshalb ist der SPD-Idee eine klare Absage zu erteilen.

Eine Eigentumswohnung ist oft als Alterssicherung gedacht. Davon hat der Staat doch auch etwas.

In persönlich schwierigen Zeiten muss jeder auch seine eigenen Möglichkeiten ausschöpfen. Man trifft ja gerade dafür Vorsorge, wenn man die Chance dazu hat. Die Vorstellung, dass man in einer schwierigen Situation sein privates Vermögen halten kann, aber die Allgemeinheit zur Absicherung einspringen muss und alle Kosten trägt, ist falsch. Eine Vollkasko-Mentalität ist nicht die Grundlage unserer Gemeinschaft.

Also muss nichts an Hartz IV reformiert werden?

Wir müssen nicht Hartz IV ändern, sondern die Situation der Betroffenen, indem wir sie da rausbringen. Vier Milliarden Euro kosten die Programme für Langzeitarbeitslose jährlich, im Koalitionsvertrag steht eine weitere Milliarde pro Jahr. Der Erfolg dieser Programme ist allerdings überschaubar. Für mich stellt sich deshalb die Frage, ob die Mittel hier gut investiert sind. Arbeitslosigkeit bekämpft man am besten mit neuen Arbeitsplätzen. Wir sollten das Geld stärker dafür einsetzen, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Sie sprechen von staatlich finanzierten Jobs?

Wir brauchen einen Pakt mit der Wirtschaft – mit der klaren Zielsetzung, Langzeitarbeitslose aus dem System der Sozialleistungen zu holen. Sie müssen anhand von richtiger Arbeit in Unternehmen wieder lernen, sich in den Arbeitsprozess zu integrieren. Mit Programmen allein werden wir das Ziel von Vollbeschäftigung nicht erreichen. Deshalb muss die Bereitschaft der Industrie, Geringqualifizierten eine Chance zu geben, deutlich erhöht werden. Gleichzeitig brauchen wir eine Investitionsoffensive in digitale Schlüsseltechnologien, um uns mittelfristig neue Wirtschaftszweige und damit neue, moderne Jobs zu erschließen.

Der Anteil ausländischer Hartz-IV-Empfänger beträgt inzwischen 2,1 Millionen. Darunter viele geduldete Asylbewerber, die ebenfalls den üblichen Satz bekommen. Ist das angemessen?

Deutschland zahlt heute mit die höchsten Sozialleistungen für Asylbewerber in Europa. Das setzt falsche Anreize. Wir müssen das Asylbewerberleistungsgesetz ändern und klar unterscheiden zwischen denjenigen, die berechtigt in Deutschland Schutz finden und denjenigen, die kein Bleiberecht haben oder sogar ihre Ausreise selbst verhindern. Außerdem müssen deutlich länger als heute nur gekürzte Leistungen bezahlt werden. Bei abgelehnten Asylbewerbern sollten wir stärker auf Sachleistungen umstellen.

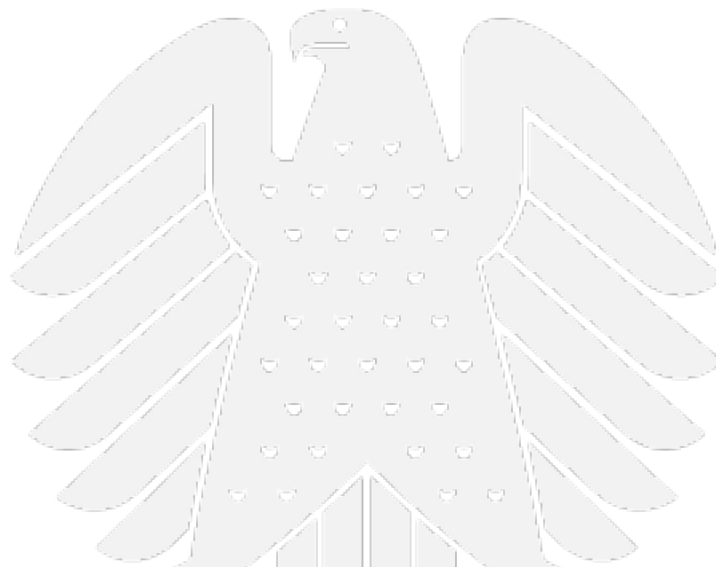


Muss die Abschiebung, die bisher Ländersache ist, Bundesangelegenheit werden?

Bundesinnenminister Horst Seehofer hat einen Masterplan für Abschiebungen formuliert, mit dem wir die Rückführungen deutlich beschleunigen werden. Ein zentraler Schlüssel für mehr Abschiebungen liegt dabei nicht in Deutschland, sondern bei den Herkunftsländern. Die Entwicklungshilfe muss viel stärker an die Bereitschaft der Staaten gekoppelt werden, ihre Bürger, die bei uns kein Bleiberecht haben, zurückzunehmen – nach dem Prinzip: Wer aktiv bei der Rücknahme von Flüchtlingen kooperiert, profitiert bei den aufwachsenden Entwicklungsgeldern. Nur finanzieller Druck führt dazu, dass sich etwas ändert

Sie sagten unlängst, Familiennachzug könne auch außerhalb Deutschlands in befriedeten Regionen der Herkunftsländer organisiert werden. Gilt das auch für ein Syrien ohne Krieg aber unter Assad?

Kein Mensch kann aktuell die Entwicklungen in Syrien vorhersagen. Wir stehen möglicherweise vor einer Eskalationsspirale und einer deutlichen Verschärfung der Situation. Die Frage der Rückführung nach Syrien stellt sich aktuell nicht.



Impressum

Herausgeber: Florian Ossner MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 71 999

E-Mail: florian.ossner@bundestag.de

Fax: 030 / 227 76 999